

KREISSATZUNG

Alternative für Deutschland

Kreisverband Groß-Gerau

Fassung gemäß Beschluss der Kreishauptversammlung vom 25.10.2025

Inhalt

| | |
|--|---|
| § 1 Name und Tätigkeitsgebiet | 2 |
| § 2 Mitgliedschaft | 2 |
| § 3 Organe des Kreisverbands | 2 |
| § 4 Kreishauptversammlung | 3 |
| § 5 Kreisvorstand | 4 |
| § 6 Ortsverbände | 5 |
| § 7 Satzungsänderung | 6 |
| § 8 Geschäftsordnung und Finanzordnung | 7 |
| § 9 Salvatorische Klausel | 7 |
| § 10 Inkrafttreten | 7 |

Satzung der AfD, Kreisverband Groß-Gerau

§ 1 Name und Tätigkeitsgebiet

(1) Der Kreisverband ist eine Untergliederung des Landesverbandes Hessen und führt den Namen „Alternative für Deutschland – Kreisverband Groß-Gerau“ mit der Kurzbezeichnung „AfD KV Groß-Gerau“.

(2) Das Tätigkeitsgebiet des Kreisverbandes Groß-Gerau entspricht dem Kreisgebiet des Landkreises Groß-Gerau.

§ 2 Mitgliedschaft

(1) Der Kreisverband Groß-Gerau setzt sich zusammen aus Mitgliedern und Förderern der AfD, die ihren melderechtlichen Hauptwohnsitz im Landkreis Groß-Gerau haben. Abweichend hiervon kann gemäß § 4 Abs. 6 der Bundessatzung ausnahmsweise die Mitgliedschaft in einem anderen Kreisverband beantragt werden, wenn eine aktive Teilnahme am Parteileben aufgrund objektiver Umstände ansonsten nicht möglich wäre. Für diesen Fall gilt § 4 Abs. 6 Satz 2 der Bundessatzung. Ebenso können Mitglieder, die im Ausland leben und vom Bundesvorstand aufgenommen wurden, dem Kreisverband zugeordnet werden.

(2) Jede natürliche Person kann Mitglied der Partei werden, wenn sie das 16. Lebensjahr vollendet hat und die politischen und programmatischen Grundsätze der Partei anerkennt. Hierzu zählen insbesondere das uneingeschränkte Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat und die Bejahung der Grundrechte.

(3) Unterstützer der Partei, die nicht Mitglied werden wollen, können Förderer der Partei werden.

(4) In Abweichung von §4 Abs.1 Bundessatzung entscheidet der Vorstand des Landesverbandes über die Aufnahme von Mitgliedern und Förderern. Das Aufnahmegespräch, das nach §4 Abs.1 der Bundessatzung zu führen ist, wird vom Vorstand des Kreisverbandes geführt, dessen Mitglied der Antragsteller gemäß seinem Hauptwohnsitz werden wird, gemäß §3 Abs.2 und Abs.3.

(5) Verstößt ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Grundsätze der Partei können gemäß §7 der Bundessatzung Ordnungsmaßnahmen verhängt werden. Dazu gelten auch die jeweils gültigen Bestimmungen (aktuell §4 und §5) der Landessatzung.

§ 3 Organe des Kreisverbands

Organe des Kreisverbands sind dem Rang nach

- a) die Kreishauptversammlung
- b) der Kreisvorstand.

§ 4 Kreishauptversammlung

(1) Die Kreishauptversammlung besteht aus den Mitgliedern des Kreisverbandes. Sie findet alljährlich mindestens einmal zur Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Vorstandes und zur Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Angelegenheiten des Kreisverbandes statt.

(2) Die Kreishauptversammlung wird mit einer Frist von mindestens zwei Wochen einberufen. In der Einladung sind die vorläufige Tagesordnung und der Tagungsort bekannt zu geben. In besonders dringenden Fällen ist eine Einladungsfrist von einer Woche zulässig. Die Dringlichkeit muss nachträglich von der Kreishauptversammlung bestätigt werden. Die Einladung erfolgt in schriftlicher Form per E-Mail. Mitglieder ohne E-Mail-Adresse sind per Post einzuladen.

(3) Auf Verlangen von 10% der Mitglieder muss eine Kreishauptversammlung vom Kreisvorstand mit der vorgenannten Frist einberufen werden. Maßgeblich für die Ermittlung des Quorums ist die Mitgliederzahl gemäß jüngstem Quartalsbericht des Landesverbandes.

(4) Den Ortsvorständen, der jeweiligen Ortsmitgliederversammlung sowie einem Quorum von mindestens 5 % der Mitglieder des Kreisverbandes wird das Recht eingeräumt, bis zu 8 Tage vor der anberaumten Kreishauptversammlung Tagesordnungspunkte für die Beratung und Beschlussfassung nachzumelden. Die Berechnung des Quorums gilt analog Abs.(3).

(5) Die so erweiterte vorläufige Tagesordnung ist vom Kreisvorstand spätestens 5 Tage vor dem anberaumten Sitzungstermin in der gleichen Form wie die ursprüngliche Einladung zu veröffentlichen. Bei einer verkürzten Einladungsfrist gemäß § 4 (2) gelten diesbezüglich verkürzte Fristen von 5 und 3 Tagen.

(6) Ist in der vorläufigen Tagesordnung eine Satzungsänderung angekündigt, so muss ein Antrag auf Satzungsänderung spätestens 4 Tage vor dem Sitzungstermin beim Kreisvorstand eingereicht werden. Der Antrag muss vom Kreisvorstand unverzüglich den Mitgliedern zugesandt werden.

(7) Darüber hinaus können sogenannte Eilanträge während der anberaumten Kreishauptversammlung auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn dies von einer qualifizierten Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten befürwortet wird.

(8) Die Kreishauptversammlung wählt insbesondere

a) den Kreissprecher

b) den stellvertretenden Kreissprecher

c) den Schatzmeister

d) bis zu fünf Beisitzer

e) den Rechnungsprüfer und dessen Stellvertreter

f) als Aufstellungsversammlung die Bewerber für den Wahlvorschlag zum Kreistag

g) die Vertreter (Delegierte) für Landesparteitage nach § 10 der Landessatzung Hessen (Allgemeine Vertreterversammlung)

h) die Vertreter (Delegierte) für Landesparteitage nach § 11 der Landessatzung Hessen (Besondere Vertreterversammlung)

i) als besondere Wahlversammlung die Wahlkreisbewerber für die Landtagswahlen und die Direktkandidaten zur Bundestagswahl.

(9) Die Vertreter (Delegierte) zu den Ziffern g) und h) werden auf maximal 2 Jahre gewählt. Die Amtsdauer berechnet sich ab dem Tag der Wahl. Näheres regelt die Landessatzung.

(10) Der Kreissprecher oder sein Stellvertreter eröffnet die Kreishauptversammlung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

(11) Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn 10% der Mitglieder anwesend sind. Sie gilt danach so lange als gegeben, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird.

(12) Die Versammlungsleitung besteht aus einem Versammlungsleiter und einem Schriftführer. Für beide Positionen kann die Versammlung Stellvertreter wählen. Die Versammlungsleitung wird mit einfacher Mehrheit gewählt. Offene Abstimmung ist zulässig. Versammlungsleiter müssen Mitglieder der Alternative für Deutschland sein.

(13) Fördermitglieder des Kreisverbandes sind als Gäste ohne Stimm- und Antragsrecht zugelassen. Das Rederecht kann die Versammlung auf Antrag gewähren.

(14) Sonstige Gäste können auf Antrag von der Versammlung zugelassen werden. Diese genießen kein Stimm- oder Antragsrecht. Einzelnen Gästen kann die Versammlung auf Antrag das Rederecht gewähren.

(15) Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen sind laut §11 Abs. 1 und 5 der Landessatzung nur dann zur Wahl in den besonderen Wahlversammlungen gemäß § 4 (8) zugelassen, wenn sie bei der Akkreditierung ihre Wählbarkeit durch Vorlage der amtlichen Bescheinigung nachweisen sowie die vorgeschriebene Zustimmungserklärung vorlegen. Das gilt auch für die Aufstellungsversammlung für den Kreistag.

(16) Das Protokoll des Kreisparteitages ist den Mitgliedern innerhalb eines Monats zuzusenden.

§ 5 Kreisvorstand

(1) Der Kreisvorstand besteht aus:

- a) dem Kreissprecher
- b) dem stellvertretenden Kreissprecher
- c) dem Schatzmeister
- d) bis zu 5 Beisitzern

(2) Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem Kreissprecher, dem stellvertretenden Kreissprecher und dem Schatzmeister. Der Kreisvorstand organisiert die Kreishauptversammlung und beruft diese ein. Er vertritt den Kreisverband in rechtlichen und politischen Angelegenheiten nach außen.

(3) Der Kreisvorstand beschließt und koordiniert alle organisatorischen und politischen Fragen im Sinne der Beschlüsse der Kreishauptversammlung. Er hat gemäß § 15 der Finanz- und Beitragsordnung des Bundesverbands bis spätestens 31.03. eines jeden Kalenderjahres den Rechenschafts- und Kassenbericht dem Landesschatzmeister vorzulegen.

(4) Die Wahlen zum Kreisvorstand sowie die Wahlen des Rechnungsprüfers und Stellvertreters finden in jedem zweiten Jahr statt. Die Amtszeit erstreckt sich bis zur Neuwahl des Nachfolgegremiums.

(5) Scheidet ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands aus seinem Amt aus, findet ein kommissarisches Aufrücken von unten nach oben statt, wobei der stellvertretende Sprecher kommissarisch in das vakante Sprecheramt und der Beisitzer mit der jeweils höchsten Stimmenzahl in das vakante Amt des stellvertretenden Sprechers kommissarisch aufrückt. Scheidet der Kreisschatzmeister aus seinem Amt aus, ist unverzüglich ein neuer Schatzmeister aus der Reihe des Vorstands kommissarisch zu wählen. In einem solchen Fall ist innerhalb von 90 Tagen eine außerordentliche Kreishauptversammlung zur Nachwahl der vakanten Vorstandsämter durchzuführen.

§ 6 Ortsverbände

(1) Der Kreisverband ist gemäß §6 Abs.2 die unterste rechtlich selbstständige organisatorische Einheit des Landesverbandes. Ortsverbände können gemäß § 6 Abs. 3 der Landessatzung als lokale Gliederungsebene gebildet werden, wenn mindestens 5 Mitglieder mit Hauptwohnsitz im zu gründenden Ortsverband vorhanden sind. Das Zuständigkeitsgebiet des Ortsverbandes kann sich auf mehrere hoheitliche Gemeinden erstrecken. Die Gründung eines Ortsverbandes setzt einen Beschluss des Kreisvorstandes voraus. Sofern die Mitgliederzahl eines Ortsverbandes unter die Anzahl von 3 Mitgliedern sinkt, gilt der Ortsverband als aufgelöst.

(2) Der Vorstand eines Ortsverbandes muss aus mindestens drei Mitgliedern bestehen:

a) einem Ortsverbandssprecher

b) einem stellvertretenden Ortsverbandssprecher c) einem Schriftführer, ggfs.

Schatzmeister. Näheres regelt die Satzung des Ortsverbandes.

Ein Ortsverband ist gemäß §6 Abs.4 der Landessatzung beschluss- und handlungsunfähig, wenn er nicht aus mindestens drei Mitgliedern besteht. Es gilt §9 Abs.6 der Bundessatzung, wonach der Vorstand einer höheren Gliederungsebene zu einer Mitgliederversammlung einladen kann, um einen neuen Vorstand zu wählen.

(3) Die Satzungen der Ortsverbände dürfen nicht gegen das Kreis-, Landes- und Bundessatzungsrecht verstoßen. Sie bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Kreis- und Landesvorstandes. Die Zustimmung darf nur aus Rechtsgründen untersagt werden.

(4) Die Finanzierung der Ortsverbände wird gemäß § 4 Abs. 5 der Finanz- und Beitragsordnung des Landesverbandes Hessen durch Beschluss des Kreisvorstandes geregelt.

(5) Beschlüsse des Vorstandes und der Hauptversammlung eines Ortsverbandes können durch Beschlüsse der Kreishauptversammlung aufgehoben werden.

(6) Die Organe eines Ortsverbandes sind an die Beschlüsse der Kreishauptversammlung gebunden.

(7) Bestehende Ortsverbände können durch Beschluss des Kreisvorstandes neu gegliedert werden (z.B. Aufteilung auf verschiedene Stadtteile, Zusammenlegung). Dies bedarf jedoch der Zustimmung der Hauptversammlungen der betroffenen Ortsverbände. Wird die Neugliederung jedoch auf Beschluss der Kreishauptversammlung durchgeführt, ist eine solche Zustimmung nicht erforderlich. Die Auflösung eines bestehenden Ortsverbandes bedarf der Zustimmung des Kreisvorstandes. Wird die Auflösung jedoch auf Beschluss der Kreishauptversammlung durchgeführt, ist eine solche Zustimmung nicht erforderlich.

(8) Mitglieder der Kreisvorstandes sind an Vorstandssitzungen und Hauptversammlungen der Ortsverbände teilnahmeberechtigt. Sie haben Rede- und Antragsrecht.

(9) Über den Betrieb von Online-Präsenzen der einzelnen Ortsverbände (z.B. Website, Facebook) entscheidet der Kreisvorstand durch Beschluss. Der Kreisvorstand hat das volle Zugriffsrecht für alle diese Online-Präsenzen.

§ 7 Satzungsänderung

(1) Änderungen der Satzung des Kreisverbandes können nur von einer Kreishauptversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Enthaltungen zählen als nicht abgegebene Stimmen, es zählen nur die Ja und Nein Stimmen.

Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nur abgestimmt werden, wenn der Antrag im Wortlaut allen Mitgliedern vorab bekannt gemacht wurde.

§ 8 Geschäftsordnung und Finanzordnung

Für Verfahrensfragen, das Beitrags- und Rechnungswesen gelten die Landesgeschäftsordnung sowie die Finanz- und Beitragsordnung des Landesverbandes entsprechend.

§ 9 Ergänzendes Recht

Im Übrigen gelten für alle Rechtsfragen, die in dieser Kreissatzung nicht geregelt sind, die Vorschriften der Landessatzung entsprechend.

§ 10 Salvatorische Klausel

(1) Sollten einzelne Bestimmungen der Satzung rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder nach Inkrafttreten unwirksam oder undurchführbar werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt.

(2) An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommen, die die Hauptversammlung mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt hat.

(3) Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Satzung als lückenhaft erweist.

§ 11 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit Beschluss der Kreishauptversammlung in Kraft.